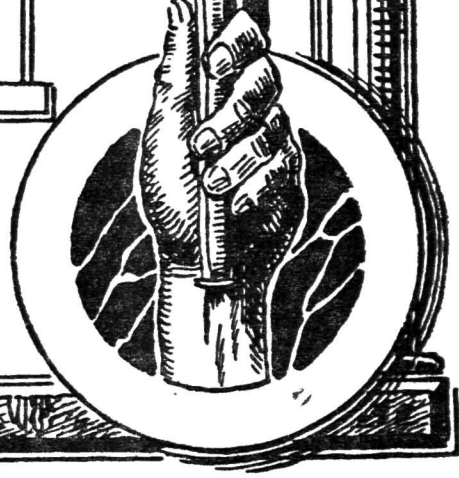
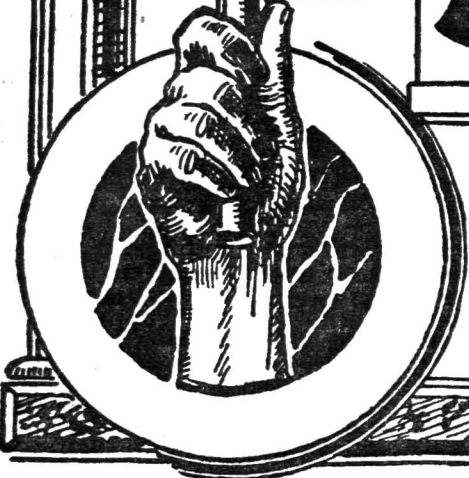


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Herausgeber:

Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Verantwortlicher Redakteur:

A. Staubinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:

Leipzig

Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. die gespaltene Zeile oder deren Raum.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7238 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 10.

Sonnabend, den 7. März 1903.

7. Jahrgang.

Kollegen! Agitiert für den Steinarbeiter.

Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen.

Bauern. Am hiesigen Orte haben die Steinmehlen versucht, einen Tarif zur Anerkennung zu bringen. Die Meister fanden sich noch nicht veranlaßt, denselben anzuerkennen.

Berlin. Die Tarifverhandlungen sind noch nicht erledigt.

Görlitz. Die Firma Alfred Scholz läßt sich mit den Granitschleifern in Unterhandlungen nicht ein. Dagegen wurden am Sonnabend, den 28. Februar, sechs Mann entlassen. Den Kollegen diene vorstehendes zur Beachtung.

Konstanz. Wegen ausgebrochener Lohndifferenzen sind die Plätze Gebr. Merk, Bleicher und Badent streng zu meiden.

Meißen. Die Granitarbeiter der Firma Köhler sind wegen Reduzierung des Tarifs in den Streik getreten.

Nürnberg. Die in Ausstand getretenen 15 Mann der Marmorwarenfabrik Funk haben am 26. Februar die Arbeit wieder aufgenommen. Die Firma mußte sich bequemen, die gestellten Forderungen zu bewilligen.

Strasburg i. Elz. Hier ist eine Lohnbewegung; Zuzug von Kollegen ist strengstens zu vermeiden.

Die Jagd um die Gunst der Arbeiter.

Wie sich die Zeiten ändern!

Wer die letzten dreißig Jahre politischen Lebens in Deutschland mit durchlebt hat, der kann nicht genug staunen, wenn er Eins und Jetzt vergleicht.

Bei der Gründung des Reiches, als noch niemand daran dachte, daß in zwanzig Jahren die Sozialdemokratie die stärkste Partei in Deutschland sein werde, als die Arbeiterbewegung durch Spaltungen und Zwistigkeiten noch in sich geschwächt war, da machten es sich die bürgerlichen Parteien mit der „sozialen Frage“ leicht. Einige ernsthaft — namentlich katholische — Sozialpolitiker ausgenommen nahm man sich bei den herrschenden Klassen gar nicht die Mühe, die Arbeiterfrage eines Studiums zu würdigen. „Es gibt eigentlich gar keine soziale Frage“, konnte man auch ab und zu in irgend einem liberalen Organ lesen, das mit den Weisheiten des Herrn Schulze aus Delitzsch ein für allemal diese „Frage“ aus der Welt geschafft glaubte. Die deutsche Bourgeoisie glaubte für die Arbeiter alles getan zu haben, indem sie ihnen die Gewerbeordnung gab. Sie mußte wohl, daß die aufstrebende Industrie diese Gewerbeordnung notwendiger brauchte als die Arbeiter.

1877 kam die sozialdemokratische Fraktion mit einem großen Arbeiterschutzes-Antrag vor den Reichstag. Sie mußte dazu die Unterschriften zum Teil aus andern Parteien borgen, da sie nur zwölf Mann stark war; wenn wir uns recht erinnern, hatten außer dem Demokraten Holthof, Schorlemer-Mit und Pfafferoth vom Zentrum den Antrag unterschrieben, um die Möglichkeit einer Diskussion desselben herbeizuführen. Bei der Diskussion aber waren alle bürgerlichen Parteien gegen das Arbeiterschutzes-Gesetz, obschon sich vieles darin befand, was heute von allen Parteien als selbstverständlich betrachtet wird. Lasfer glaubte in dem Antrag „Verstöße gegen die Natur“ zu erblicken, weil er die Beschäftigung von Wöchnerinnen für unzulässig erklärte. Das Ganze ward dem Bundesrat als „schätzbares Material“ überwiesen und verschwand in dessen unergründlichem Papierkorb.

Dies war 1877, und die Tatsache muß einmal wieder festgestellt werden gegenüber den dreißigen Aufschneidereien des Zentrums, das immer die „Priorität“ bei allen Arbeiterschutzes-Fragen für sich beanspruchen will.

Dann ward es eine Weile vom Arbeiterschutzes sehr still, denn es kam das Sozialistengesetz und der neue

Zolltarif. Zu Anfang der achtziger Jahre aber brachte Bismarck sein „Zuckerbrot“, die sozialpolitischen Gesetze, weil er fürchtete, die „Peitsche“, das Sozialistengesetz, könne doch zuviel Haß gegen ihn erregen. Schon damals begann das Wettrennen der bürgerlichen Parteien um die Gunst des armen Mannes; es fielen die Schlagworte vom „Patrimonium der Enterbten“ und ähnliches. Vom Regierungstisch proklamierte Bismarck das „Recht auf Arbeit“ — freilich im preußisch-landrechtlichen Sinne — und Bötticher sprach beim Invalidengesetz; „Liebet die Brüder!“ Man brauchte das alles nicht zu tragisch zu nehmen. Die bürgerlichen Parteien machten wohl den Wettlauf mit, aber sie bremsten bei der Gesetzgebung selbst. Schon bei der Unfallversicherung trat die reaktionäre Anschauung des Zentrums hervor. Die Regierung beantragte Arbeiterschutzes-Gesetze als eine Art Gegenwehr gegen die Berufsgenossenschaften. Windthorst machte die Streichung dieser Arbeiterschutzes-Gesetze zur Bedingung der Zustimmung des Zentrums und sie wurden gestrichen.

Als dann die Arbeitererlasse des Kaisers Wilhelm II. kamen, da versicherte jedermann, er sei „von jeher“ für Arbeiterschutzes gewesen. Sogar die Manchestermänner vom Freisinn, denen das Eingreifen des Staates sonst ein Frevel gegen St. Kapitalismus gewesen, entdeckten ihr arbeiterschutzesfreundliches Herz. „Arbeiterschutzes“ — das wurde ein Schlagwort, dessen sich die Demagogen aus den herrschenden Klassen bei Wein und Braten oder auch beim Dessert mit Vorliebe bedienten. Die Taten der bürgerlichen Parteien entsprachen freilich nicht den Worten, und bei den Arbeiterschutzes-Debatten im Reichstage führten Stumm und Heyl das große Wort, jeder nach seiner Besonderheit.

Nunmehr, angesichts der Wahlen, hat der Wettlauf um die Gunst des armen Mannes das schnellste Tempo erreicht. Die Herren begnügen sich gar nicht mehr damit, für sich in Fragen des Arbeiterschutzes die Priorität zu verlangen; das ist schon viel zu wenig. Sie wollen der Sozialdemokratie voraus gerannt sein. Herr v. Heyl versichert, er habe die Verbesserung des Loses der Konfektionsarbeiter weit früher betrieben, als die Sozialdemokratie, und Herr Trimborn tut mit dem Behnstandtag, als höre die Sozialdemokratie zum erstenmal von dieser Einrichtung!

Wenn man nicht aus andern Anzeichen schon sehen könnte, daß wir in einem kritischen historischen Moment uns befänden, so könnte schon dieser Wettlauf um die Gunst der Arbeiter, wie ihn jetzt die bürgerlichen Parteien unternehmen, allein uns davon überzeugen. Es ist dies eine Erscheinung, die oft in der Geschichte wiederkehrt. Wenn ein neuer Gedanke siegreich und unwiderstehlich in die Massen eindringt, dann suchen sich die herrschenden Klassen mit ihm abzufinden, nachdem sie vergebens versucht, ihn zu ersticken. Ausrotten konnte man die Sozialdemokratie nicht; man sucht ihr nun von ihrem Rüstzeug ein Teil abzunehmen und im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft zu verwerten. Es ist gerade jener Teil ihres Rüstzeugs, der nicht als spezifisch sozialistisch gelten kann; es sind Forderungen, welche von der Sozialdemokratie an die bürgerliche Gesellschaft gestellt werden und innerhalb derselben zu verwirklichen sind. Sie werden mit dem dicken Schleim jener Phraseologie überzogen, die sich gewisse Sozialpolitiker der herrschenden Klassen angewöhnt haben und die mit einem biederemännlichen Brustton sich äußert. Den Speißbürger mag dies anmuten, bei dem Arbeiter kann es nur ein Gefühl des Widerwillens, der Verachtung hervorrufen.

Viel demagogische Kunst wird bei diesem Wettlauf aufgewendet — das geben wir zu. Schönere Giergänge haben wir noch nie gesehen, als bei diesen Gelegenheiten, wo es gilt, den Arbeitern möglichst viel zu versprechen und ihnen möglichst wenig davon zu geben. Aber das alles wird nicht verfangen, wo den Arbeitern das Licht

des Klassenbewußtseins aufgegangen ist. Da wissen sie, daß die bürgerliche Gesellschaft ihnen zwar Zugeständnisse machen und die dringendsten Uebelstände abstellen kann — aber sie wissen auch, daß die herrschenden Klassen stets an einer gewissen Grenze Halt machen müssen. Brot und Freiheit, wie es die Arbeiter verlangen, das liegt jenseits der kapitalistischen Epoche. Die herrschenden Klassen können nur Reformen innerhalb des Kapitalismus gewähren; die Arbeiter aber werden von sozialer und historischer Notwendigkeit gedrängt und geporn, gegen die Macht des Kapitalismus selbst anzukämpfen, und die große Bewegung kann einiger Zugeständnisse wegen nicht stillstehen, bevor sie ihr natürliches Ziel erreicht hat.

Manchmal kommen große Wahrheiten auch bei kleinen Leuten vor, und so rief dieser Tage eine sonst unter dem Reichstag stehende Zentrumsleuchte im Reichstage aus: „Die Sozialdemokratie hat eine weltgeschichtliche Mission und Schweineglück dazu!“ — Das war schön gesagt und wir wollen uns hüten, den Eindruck dieser hehren Worte abzuschwächen. Schweineglück — ja! Denn unsere Gegner konnten tatsächlich nichts Besseres tun, als den Wettlauf veranstalten. Dieser beweist den Arbeitern, wie mächtig die sozialistischen Ideen geworden sind; er beweist ihnen, wie viele Positionen die Gegner schon aufgegeben haben; er beweist ihnen aber auch, daß die Bewegung vorwärts dringen wird, um neue Erfolge zu ernten. Diese Gegner halten sie nicht mehr auf.

Wieder ein Massenunfall!

Bei dem Vorkommen der verschiedensten Unglücksfälle in Steinarbeiterberufe sucht man die Entstehung derselben immer auf die — Arbeiter zurückzuführen. Die feile Unternehmerpresse täte aber besser, solche verdächtigende Behauptungen und direkten Verleumdungen zu unterlassen.

Wie von den Personen, die beauftragt sind, den Unfall- und Sicherheitsvorschriften zu überwachern, dieselben innegehalten werden, zeigt folgender Vorfall. In der letzten erschienenen Nr. 2 der Monatschrift für die Steinbruchsberufsgenossenschaft heißt es unter der Aufschrift: „Wieder ein Massenunfall“, wörtlich:

„Wir haben erst in unserer letzten Nummer auf die in den Sprengmitteln verborgenen Gefahren und den Leichtsin, mit welchem die Arbeiter (???) Sprengmittel behandeln, hingewiesen und sind heute leider schon wieder in der Lage, über einen ähnlichen Massenunfall, der sich in einem Betriebe unserer Sektion V ereignet hat, und dem zwei junge blühende Menschenleben zum Opfer gefallen sind, berichten zu müssen.“

Der Sachverhalt ist kurz folgender:
Die Schießmeister des Steinbruchs hatten ihren Bedarf an Sprengmitteln Vormittags bekommen und denselben in je einer Blechbüchse während der Arbeit im Aufenthaltssaum der Arbeiter aufbewahrt.

Ein Schießmeister hatte an dem Tage des Unfalls einen Kasten mit Dynamit auf den heißen Ofen in die Arbeiterbude gesetzt; ein hinzukommender Bruchmeister hatte zwar den Kasten sofort heruntergenommen und auf eine Bank gesetzt, doch mußte sich das Dynamit bereits derart erhitzt haben, daß bald darauf die Explosion erfolgte.

Die Arbeiterbude flog mit allem, was darin war, in die Luft und tötete zwei in der Nähe arbeitende jugendliche Personen im Alter von 17 und 24 Jahren.

Der in dem Betriebe vorhandene Dynamit-aufbauapparat wurde nicht benutzt und die Unfallverhütungsvorschriften wurden erst infolge der Revision des Betriebs durch den technischen Aufsichtsbeamten zum Ausbruch gebracht.“

So die nackte Darstellung dieses so leichtfertig von Seiten einer aufsichtführenden Person herbeigeführten Unglücksfalles.

Wie man angesichts eines solchen Unglücksfalles einleitend auf den Leichtsin der Arbeiter hinweist, ist einfach

Kanalbau. Dieses Vorkommnis zeigt wiederum so recht, wie gerade die Stellvertreter des Unternehmers es sind, welche die erlassenen Sicherheitsvorschriften vollständig außer acht lassen.

Wie man aus Bequemlichkeit den vorhandenen Dynamitautauapparat unbenutzt lassen kann und dieses Verfahren in einem Raum bewerkstelligt, wo zu bestimmten Zeiten die Arbeiter ihr Frühstück-, Mittag- oder Vesperbrot einnehmen, ist derartig leichtfertig, daß die in Frage kommenden Personen wegen — jahrlässiger Lösung mit einer exemplarischen Strafe belegt werden möchten. Diese Explosion hätte aber mit Leichtigkeit zu einer Ruhepause stattfinden können, wo sich die Arbeiter in dem Aufenthaltsraum befinden hätten, und dann könnte man vielleicht von einem Unglücksfall en masse reden.

Durch die Weglassung des Namens des Betriebsinhabers gewinnt es dem Anschein, als wolle man die Schuldigen indirekt noch schützen. In dem Bericht heißt es, der Unglücksfall ereignete sich in der Sektion V, nach näherer Information umfaßt dieselbe die Provinzen Westfalen, Hessen-Nassau, Oberhessen und das Fürstentum Waldeck. Durch eine solche Geheimnisträgerei aber macht man es der gewerkschaftlichen Presse unmöglich, diese Betriebsleitung einer eingehenden Kritik zu unterziehen, ja noch mehr durch die bisher niedrig angelegten Strafen gegenüber den Unternehmern oder dessen Vertretern schwindet bei diesen Leuten die Furcht vor den Gesetzen oder den etwaigen angelegten Strafmaßen.

Würden an diesem Unglück die Arbeiter und nicht der Schießmeister schuld gewesen sein, wie wäre man sofort mit der Leichtfertigkeit der ersteren tadeln gegangen, während in umgekehrtem Falle man mit etlichen sehr vorzüglich zusammengestellten Sätzen dieses äußerst bedauerliche Vorkommnis mitteilt.

Daß man aber zur Information der Arbeiter über unsere Berufsgefährlichkeit von Seiten der Unternehmer nicht das geringste tut, zeigt der Umstand, daß die von Gesetzes wegen auszuhängenden Unfallverhütungsvorschriften erst durch die Veranlassung eines Revisionsbeamten an Ort und Stelle geschafft wurden.

Wir wären öfter in der Lage, von solchen Unfällen im Steinarbeiter Notiz nehmen zu können, wenn die beteiligten Arbeiter und diejenigen, die über solche Vorgänge informiert sind, den Wert der Presse nicht so unterschätzen würden.

Zur Petition der Berliner Steinarbeiter zum neuen Rathausbau.

Unter der seit längerer Zeit bestehenden wirtschaftlichen Krise haben im Steinarbeiterberuf hauptsächlich die Kollegen der Großstädte zu leiden.

Besonders auch in Berlin machte sich die Krise sehr bemerkbar. Man darf annehmen, daß fast zwei Drittel der ansässigen Steinarbeiter durch Arbeitslosigkeit darunter zu leiden hatten. Da nun die Submission zum neuen Rathausbau in Berlin bereits ausgeschrieben wurde, wandten sich die Berliner Steinarbeiter in einer Petition an den Magistrat mit dem Ersuchen, beim Vergeben der Steinmetzarbeiten zum Rathausbau und sonstigen Kommunalbauten die Berliner Steinarbeiter zu berücksichtigen, einen Teil der Steinmetzarbeiten am Orte anzufertigen zu lassen, um dadurch der großen Arbeitslosigkeit entgegenzutreten.

Da wir keine Antwort erhielten, wurde eine Kommission beauftragt, sich mit den maßgebenden Persönlichkeiten in Verbindung zu setzen. Nach Vorstellung bei dem Herrn Oberbürgermeister-Stellvertreter wurde derselben mitgeteilt, das ginge den Magistrat nichts an, das sei Sache der Bauverwaltung. Die Kommission sprach nun bei der Bauverwaltung vor, schilderte die hiesigen Verhältnisse und stellte das Ersuchen, von den ungefähr 8000 Kubikmeter zu verarbeitenden Kalkstein einen gewissen Prozentsatz wegen der allgemeinen Arbeitslosigkeit am Orte Berlin fertigstellen zu lassen. Nach einständiger Konferenz erhielt die Kommission den Bescheid, da die Arbeiten bereits vergeben sind, sich an die Stadtverordneten zu wenden und unsere Sache dort vorzubringen. Die Betreffenden konnten aber in dieser Sitzung von unsern Vertretern kein Resultat erhalten, da es sich um einen Nachtrag handelt, der bewilligt werden mußte, und wurden wieder an die Bauverwaltung verwiesen.

Nach wiederholter Vorsprache bei der Bauverwaltung, mit der dringenden Bitte, sie möge ihr möglichstes tun, da es nach Aussage der Stadtverordneten in ihrer Macht läge, uns Arbeit zu verschaffen, um die hiesigen ansässigen Steinmetzen vor der großen Arbeitslosigkeit zu schützen und dieselben in die Lage zu versetzen, daß sie nicht nur ihre Familie erhalten können, sondern auch der Kommune den notwendigen Tribut an Steuern zu zahlen in der Lage sind. Die Herren versprachen, was in ihrem Machtbereich ist, zu tun, und wurde die Bestimmung getroffen, die vier Herren Unternehmer, Schilling, Holzmann, Wimmel und Kolkmeier, einzuladen und gleichzeitig aufzufordern, welche Nachtragsforderung diese vier Herren beanspruchen würden, wenn die Steinmetzarbeiten in Berlin hergestellt würden.

Nach 14 Tagen wurde unsere Kommission von Seiten der Bauverwaltung gewünscht. Was aber von der Meisterschaft für erdichtete Ausflüchte gemacht werden, soll nachstehendes kennzeichnen:

Es wurde der Bauverwaltung mitgeteilt, daß es nicht möglich wäre, hier etwas zu verändern, da die Steinlieferanten kein Rohmaterial nach Berlin abgeben, und daß es für den Steinmetz überhaupt, um sein Leben und seine Gesundheit zu schützen, notwendig ist, den Hauptstädten die Fertigstellung der Steinarbeiten zu entziehen, und wegen der frischen und gesunden Luft sämtliche Arbeiten nach den Brücken zu konzentrieren. Es wurde der Kommission der Mehrkostenpreis, den diese vier Herren eingereicht haben, vorgelegt. Man höre und staune: es war die Summe von 240 000 Mk., wenn die Arbeiten in Berlin fertiggestellt würden. Erst sagt man, wir bekommen kein Rohmaterial und dergleichen mehr, würde aber diese enorme Summe als Nachtrag bewilligt werden, so wären die Herren wohl in der Lage, Rohmaterial zu bekommen. Hieraus ist ersichtlich, daß die Herren Meister überhaupt nicht gewillt sind, hier am Orte Arbeiten fertigstellen zu lassen.

Ein kleiner Ueberblick, welche Summe die vier Unternehmer für die bis jetzt vergebenen Arbeiten erhalten:

Firma Holzmann	193 863 Mk.
" Wimmel u. Co.	196 362
" Kolkmeier	192 185
" Schilling	180 659

Nach weiterer Rücksprache hat die Baubehörde zugesagt, sofort alle städtischen Arbeiten in Angriff nehmen zu lassen,

um der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, und eventuell am neuen Rathausbau alle unvorhergesehenen Arbeiten in eigener Regie ausführen zu lassen. Hiemit war die Konferenz beendet.

Am 14. November 1902 erhielten wir folgendes Schreiben als Antwort vom Magistrat in Berlin:

„Wir werden bemüht sein, die Steinmetzarbeiten an den inzwischen genehmigten städtischen Bauten, soweit dieselben nicht zur Ausführung gekommen sind, unter tunlichster Beschleunigung zur Ausführung zu bringen. Wir sind jedoch nicht in der Lage, einen Zwang dahin auszuüben, daß Arbeiten, welche aus verschiedenen Gründen zweckmäßiger in der Nähe der Steinbrüche ausgeführt werden, dementsgegen hierorts zur Ausführung gebracht werden müßten.“

Wir nehmen auch an, daß ein außerordentlicher Zutrom von Steinmetzen nach Berlin erfolgen würde, sobald man allgemein erführe, daß die Steinmetzmeister in Berlin verpflichtet sind, die städtischen Arbeiten in größerem Umfang als üblich hierorts herstellen zu lassen. Dieser Zutrom würde aber infolge der Vermehrung von Angebot an Arbeitskräften eine Herabsetzung der Arbeitslöhne mit sich bringen und dadurch eine Schädigung der hier länger ansässigen Steinmetzen herbeiführen.

Wie dieses Antwortschreiben von sämtlichen Steinarbeitern aufgenommen wird, oder was sie davon denken, überlassen wir jedem selbst, sein Urteil zu sprechen.

Dieser Bescheid ist ein Beweis, daß die Verwaltung und die Unternehmer in solchen Sachen Hand in Hand gehen. Daß die Berliner Steinarbeiter mit dieser Antwort sich nicht einverstanden erklären können, ist erklärlich. Alle Kollegen werden mit uns der Ansicht sein, daß, wenn viel Arbeit am Ort vorhanden, die Löhne, wie im Antwortschreiben verzeichnet ist, nicht zurückgehen, sondern steigen. Denn wo keine Arbeit, auch kein Verdienst. Daß die Herren auch noch auf andre Weise Vorkehrung treffen wollen, indem sie uns vor den reisenden Kollegen schützen, damit können sich die Berliner Steinarbeiter nicht einverstanden erklären, denn uns ist jeder Kollege willkommen, wenn Arbeit vorhanden ist, gleichviel woher er kommt. Das Entgegenkommen der Meister spiegelt sich am besten in der Kündigung des Tarifs und der angekündigten Reduzierung wieder.

Was in Berlin nicht möglich war, können wohl andre Städte ausführen. Wir erwähnen: München, Frankfurt am Main, Leipzig, und erst vor kurzem wurde von der Stadtverwaltung in Würzburg die Bestimmung getroffen, alle städtischen Steinmetzarbeiten in Würzburg anzufertigen und keine fertigen Werkstücke von den Brücken oder von außerhalb zu beziehen. Sogar Nixdorf bei Berlin hat bei dem Kanalbau (Erdarbeiten) die Bestimmung getroffen, erst alle in Nixdorf ansässigen Arbeiter zu beschäftigen, bei weiterem Bedarf auch Nichtansässige.

In den letzten Sitzungen der Baudeputation in Berlin wurde bei Beratung der Entwürfe zu zwei neuen Schulen von Seiten der sozialdemokratischen Stadtverordneten angeregt, die Steinmetzarbeiten am Orte anzufertigen zu lassen. Die Behörde erwähnte sogleich, daß die Mehrkosten 30 Prozent betragen würden. Hoffentlich wird doch die Behörde die wenigen Mehrkosten nicht scheuen und dadurch wenigstens die Arbeitslosigkeit etwas lindern.

Kollegen! Bedenkt die traurige Lage in unserm mörderischen Beruf und hege keiner die Hoffnung, von Seiten der Unternehmer oder von irgend jemand andern eine menschenwürdige Behandlung erwarten zu können. Die Parole heißt: So lange du dich ausrauben läßt und als Sklave zu gebrauchen bist, so lange bist du uns willkommen, als braves Mitglied zu helfen, uns den Manton zu vergrößern, ist aber mit dem 26. oder 30. Jahr deine Kraft gebrochen, so hast du keine Forderung an uns mehr zu stellen. Kollegen, wacht doch endlich auf, in kurzer Zeit treten wieder schwere Zeiten an uns heran. Kommt zur Einsicht, Mann für Mann, nicht einer darf fehlen, tretet ein in die Reihen der Organisation! Ein Kampf mit vereinter Kraft und geschlossenen Reihen kann nie verfehlen, sondern nur zum Siege führen.

Au die Vorstände und Verwaltungen sämtlicher Krankenkassen im Deutschen Reich!

Die seit langem von der Regierung angekündigte Novelle zum Krankenversicherungsgesetz ist seitens des Bundesrats dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegt worden.

Die von den Krankenkassen gestellten Anträge und Wünsche, welche in Form von Petitionen und Beschlüssen der Regierung übermittelt wurden, sind in der Hauptsache nicht berücksichtigt, dagegen soll den Kassenvorständen und Kassensführern eine größere Verantwortlichkeit auferlegt werden, Bestimmungen, welche die gezielte Entwicklung der Krankenkassen auf dem Wege der Selbstverwaltung zu hindern geeignet sind. Es ist demnach erforderlich, hiegegen Stellung zu nehmen und zu beantragen, daß die Gesetzesnovelle so ausgebaut wird, daß die Krankenkassen Deutschlands diese als annehmbar bezeichnen können.

Nach dem Beschluß des Krankenkassentagungsbeschlusses vom Jahre 1899 in Berlin und gemäß einem weiteren Beschlusse der Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich vom Jahre 1900 in Nürnberg, berufen Unterzeichnete hiezu einen **allgemeinen Krankenkassentagungsbeschlusses** auf **Sonntag, den 15. März 1903**, Vormittags 10 Uhr, und Montag, den 16. März 1903, Vormittags 9 Uhr, im Lokale Neue Welt, Berlin SO., Fasanstraße 108/114, ein, mit der Tagesordnung: 1. Stellungnahme der Krankenkassen Deutschlands zu dem Regierungsentwurf der Krankenversicherungsnovelle. 2. Anträge.

Zu diesem Kongress sind sämtliche Orts-, Betriebs-, Fabriks-, Innungs-, Knappschafts- und Freie Hilfskrankenkassen Deutschlands eingeladen.

Wir ersuchen daher die Krankenkassenvorstände allerorts, Delegierte hiezu zu entsenden.

Die Anmeldungen zum Kongress sind an eine der beiden unterzeichneten Körperschaften zu richten, ebenso etwaige Anträge, von denen jedoch nur die bis zum 10. März einlaufenden für die Tagesordnung verwendet und berücksichtigt werden können.

Jeder Delegierte muß mit einem von einer Kasse oder einem Kassenvorstande ausgestellten Mandat versehen sein.

Wir bitten deshalb, behufs der Wahl von Delegierten zusammenzutreten: es kommt darauf an, durch eine recht zahlreiche Beschickung der Regierung und dem Reichstage, die beide geladen werden, zu zeigen, mit welchem großem Interesse die Kassen diese Frage verfolgen. Kein Ort, keine Kasse darf auf dem Kongress unvertreten sein.

Berlin, im Februar 1903.

Hochachtungsvoll
Die Orts-Krankenkasse für Leipzig und Umgegend als geschäftsführende Kasse des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich
Leipzig, Gellertstraße 7-9.
Die Zentralkommission der Krankenkassen
Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte Klappbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Titeln und nur auf einer Seite zu schreiben.

Berlin I. Im Gewerkschaftshaus fand am Sonntag, den 22. Februar 1903 die alljährliche öffentliche Mitgliederversammlung der allgemeinen Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen statt, welche verhältnismäßig gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand unter anderem auch Stellungnahme zum Artikel in Nr. 2 des Steinarbeiter. Nach dem einleitenden Vortrag über Influenza, welcher ohne Diskussion entgegengenommen wurde, wurde auf Antrag Hugo Walthers Punkt 3 und 4 der Tagesordnung gemeldet. Nach einer Pause von 5 Minuten bemühte sich ein Beamter der allgemeinen Ortskrankenkasse den Artikel im Steinarbeiter zu widerlegen. Besonders erwähnte er im Eingang seiner Rede, daß er den Redakteur nicht begreife, der solchen Artikel veröffentlichte. (Anmerkung der Redaktion. Der als Redner aufgetretene Beamte der Krankenkasse hat sich über die Tätigkeit des Redakteurs nicht im geringsten zu bekümmern. Die leere Polemik zeigte nur, auf welchen schwachen Füßen seine Enttätigungen gegen den angezogenen Artikel in Nr. 2 standen. Im übrigen wird das gemachte Fiasko der Kassenvorsteher zur Genüge bewiesen haben, inwiefern der Artikel den Tatsachen entspricht.) Kollege Walthers widerlegte und zerstückelte aber diese Ausführungen in solcher Weise, daß nur noch ein laises Bedauern für den Referenten übrig blieb, der sich solche unnötige Arbeit gemacht hatte, da auch nicht das geringste Unwahrheitsmoment im Artikel enthalten war. Nachdem noch Bildhauer Welter gesprochen, kamen 7 bis 8 Redner, meistens Beamte oder Mitglieder des Vorstandes und der Dreizehnerkommission zum Wort. Unsere Kollegen hatten sich zum Wort gemeldet, erhielten es aber nicht, um den Rednern Rede und Antwort zu sehen. Es wurde im Laufe der Debatte der Antrag gestellt, die Versammlung zu vertagen. Da dieser Antrag abgelehnt wurde, beantragte man, die Redezeit jedes Redners auf 5 Minuten zu beschränken. Es wurde hierauf einige nicht sehr schmeichelhafte Zurufe laut. Der Antrag wird abgelehnt. Jetzt beantragt man Schluß der Debatte. Hierauf meldete sich Kollege Jeschke zur Geschäftsordnung. Der Versammlungsleiter erteilte jedoch einem andern Redner das Wort zur Geschäftsordnung, wodurch ein solcher Tumult entstand, daß der Versammlungsleiter die Versammlung schloß.

Bunzlau. Am 1. März, Nachmittags 3 Uhr, war wieder eine Bezirksversammlung in Bunzlau einberufen, da im Laufe des Sonntags nochmals eine Unterhandlung anberaumt worden war; die Kommission erstattete Bericht über das Resultat und erklärte, daß die Arbeitgeber nicht einmal für notwendig hielten, während den Unterhandlungen ein Protokoll zu führen, und wiesen dieses mit der Begründung ab, daß daselbe zur größten Verwirrung führen könnte. Die Arbeitgeber erklärten, auf ihrem Standpunkt, den sie uns durch den neuen Tarif unterbreiteten, stehen bleiben zu wollen. Die Arbeitervertreter erklärten, daß sie mit dieser Erklärung nicht im geringsten einverstanden sind. Die Unternehmer betonten nun, es seien die Verhandlungen abgebrochen, aber die Tarifkommission könne bestehen bleiben. Die Arbeitnehmer sind der Ansicht, wenn die weiteren Verhandlungen ein greifbares Resultat nicht bringen, im wilden Afford zu arbeiten. Der Verbandsvorsitzende Starke hielt einen längeren Vortrag über die Gründe der Vereinbarungen der Tarife, welche zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern bestehen und wurde mit großem Beifall aufgenommen. Einstimmig wurde beschlossen, das wilde Affordsystem anzunehmen und die unter Barthau erwähnte Resolution den Arbeitgebern zu unterbreiten.

Aus dem Fichtelgebirge. Von einem Meißner Granitwerf werden durch Insuperate immer Steinarbeiter (Steinmetzen und Schleifer) nach dorthin unter sehr günstigen Bedingungen verlangt.

Den Kollegen wird bekannt sein, daß die Meißner Granitsteinmetzen sich in einer Lohnbewegung befinden, und es wird wohl zweckdienlich sein, sich zuvor, ehe man auf Angebot nach dort eingeht, bei dem Vertrauensmann der dortigen Zahlstelle zu erkundigen, inwiefern die Tarifverhandlungen schon gebieten sind. Mögen alle Steinarbeiter des Fichtelgebirgs diese Zeilen beachten.

Kassel. Am 8. Februar tagte hier eine sehr schlecht besuchte Steinarbeiterversammlung. Zum 1. Punkt wurde nach lebhafter Debatte folgender Antrag einstimmig angenommen: Der Vorstand wird beauftragt, die Geschäftsleitung zu ersuchen, in alternativer Zeit eine tüchtige Person zu bestimmen, die in den hiesigen Brüchen agieren soll. Der 2. Punkt mußte wegen des schlechten Besuchs bis zu der nächsten Versammlung zurückgestellt werden. Ferner wurde zum 3. Punkt der Beschluß gefaßt, daß jeden zweiten Montag im Monat eine Versammlung stattfinden soll. Nachdem noch der Vorsitzende die Kollegen ersucht hatte, dafür zu sorgen, daß die nächsten Versammlungen besser besucht würden, fand Schluß der Versammlung statt.

Konstanz. Die gegenwärtige Situation der Steinarbeiter hier ist eine solche bewegte, daß sich selbst die ältesten Kollegen keine solche rege Zeit ins Gedächtnis zurückerufen können. Es sind aber weniger die Arbeiter, welche die Situation in diese Bahnen einleiteten. Nein, sie verhalten sich immer nur zu ruhig und läßt sich noch ein schöner Teil mit dem von kapitalistischer Seite mit so schönen Worten borgekauften goldenen Mittelweg verträumen. Die Unternehmer aber schenken allem Anschein nach ihren eigenen Worten nicht viel Glauben und huldigen lieber dem Grundsatz, gebt mir das eure und laßt mir das meine. Ein neues Beispiel lieferten die Steinhauermeister Badent, Bleicher und Gebr. Werf hier; letzterer war vor kurzem immer noch zu einem der sogenannten besseren humaneren zu zählen, jetzt scheint er sich dem Bunde auch angeschlossen zu haben (vielleicht wegen der Form eines Kleeblättchens) und bezahlte einen Affordpreis, daß die Steinhauer in 11 Arbeitstagen 30 bis 36 Mk. verdienen, so daß es manchem Arbeiter zur Unmöglichkeit gemacht wurde, wenn er nicht mit Defizit rechnen wollte, sich noch ein warmes Mittagessen zu gönnen und begnügen sich mit einer Wurst und Brot. Wie lange wird es hier noch gehen, bis sich die Steinarbeiter Mann für Mann zusammenschließen und sich von ihrer bedrückten Lage ernstlich zu befreien suchen und ihr Müßrad so steifen, daß solche Dinge zur Unmöglichkeit werden. Des weiteren sei darauf aufmerksam gemacht, daß tagtäglich Entlassungen vorgenommen werden hier und keine Aussicht für Arbeitssuchende vorhanden ist.

Rehle-Osterwald. Am 22. Februar tagte im Gasthaus Jungesblut in Rehle eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, welche trotz des guten Wetters sehr schlecht besucht war. Anwesend waren 15 Mann. Es wurde zunächst über die geplante Lokalunterstützung gesprochen; dieselbe mußte wieder aufgegeben werden, da sich die hiesigen Kollegen zu sehr dagegen aufgelehnt hatten. Weiter wurde beschlossen, die Tagesordnung für die nächsten Versammlungen 3-4 Tage vorher bekannt zu geben. Da hier der Steinarbeiter obligatorisch eingeführt war, wurde beschlossen, daß jeder Kollege selbigen vom 1. April ab selbst zu bezahlen hat und beim Vertrauensmann bestellt wird. Dann wurde über verschiedene Punkte der Bundesratsverordnung gesprochen, welche hier sehr viel zu wünschen übrig läßt. Zuletzt wurde wegen unsern Tarif viel debattiert und beschlossen, in nächster Versammlung eine Kommission zu wählen, welche bei den Meistern vorstellig werden soll. Darum, Kollegen von Osterwald, erscheint in nächster Versammlung alle Mann für Mann, damit wir endlich einmal zu einem Resultat kommen und unsere Lage verbessern können. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

Ulm (Donau). Wie manche Kollegen es verstehen, sich unrechtmäßigweise in den Besitz von Beitragsbüchern zu setzen,

zeigt folgender Vorfall. Am 25. Februar 1903 kam nach Ulm der Kollege Georg Eichhoff, geboren den 7. Juli 1875 zu Charlottenburg, zugereist und mit ihm der sich ohne Buch befindliche Steinmetz Gustav Keller aus St. Gallen. Letzterer gab an, 8 Wochen im Gefängnis gewesen zu sein, das alte Vertragsbuch sei ihm abhanden gekommen und als Ausweis führte er einen Reiseschein Nr. 7561 mit, ausgestellt zu Neudorf am 9. Oktober 1902.

Der Schein war mit Tintenstift ausgefüllt und merkwürdigerweise stimmten die Daten des Alters des letzteren Kollegen mit denen des Koll. Eichhoff vollständig überein. Es ist anzunehmen, daß Eichhoff den Reiseschein in Neudorf ausgestellt erhielt und diesen dem genannten Keller übergab, denn daß eine Fälschung vorlag, ist aus dem Reiseschein zu ersehen, indem der ursprüngliche Name Eichhoff noch ersichtlich ist. Derselbe wurde verwischt und dann der Name Keller darüber geschrieben. Keller wollte auf diesen Schein in Ulm ein neues Vertragsbuch ausgestellt erhalten, daselbe war auch schon ausgefertigt, aber der Schein wurde rechtzeitig entdeckt. Eichhoff gibt an, an der Sache nicht beteiligt zu sein. Vielleicht kann von Neudorf aus Aufklärung geschafft werden. Die Vertrauensleute haben deshalb bei Ausschaffung eines neuen Buches sich das alte unbedingt vorzeigen zu lassen, daselbe eingehend zu prüfen, vorausgesetzt, wenn es sich um keine Neuaufnahme handelt. Also Vertrauensleute, in Zukunft mehr Vorsicht beim Ausstellen der Bücher.

Strasbourg i. Elz. Die Lohnbewegung der hiesigen Steinarbeiter nimmt mehr und mehr ernsteren Charakter an, was durch regen Beitritt zur Organisation sich besonders bemerkbar macht. — Mit einer Entschiedenheit wird hier die Abschaffung des Affordsystems angestrebt, welche erwarten läßt, daß sich die Herren Unternehmer und Meister den Forderungen des Stundentariifs 55, 60 und 70 Pfg. pro Stunde, nicht lange verschließen können. — Die Baukonjunktur ist günstig, — die Kollegen scharen sich in anerkennender Weise zusammen und wollen sich nicht länger mit den „Vorfamen“ vom Tische ihrer Arbeitgeber begnügen. — Bereits haben schon einige Meister sich dahin erklärt; daß sie dem Stundenlohnsystem nicht oppositionell entgegenstehen. — An dieser Stelle können wir nicht umhin zu erklären, mehr denn je die Bekanntmachung betreffend Streiks und Lohnbewegungen zu beachten, damit die Lage der in Mitleidenschaft befindlichen Kollegen dadurch nicht noch mehr erschwert wird, wenn täglich neue Kräfte von auswärts zu ziehen.

Stuttgart. Wie an dieser Stelle schon kurz berichtet wurde, sind die Tarifverhandlungen für das Baugewerbe nun zum Abschluß gebracht. Die Veranlassung hiezu gab in erster Linie der vorjährige Maurerstreik. Von unserer Seite wurde verschiedentlich Anlaß zu Verhandlungen gegeben, was dann aus oben angeführtem Grund nicht zu stande kam. Ferner befanden sich die Zimmerer in einer Lohnbewegung. Es war den Unternehmern denn doch nicht mehr ganz gleichgültig, denn sie haben in den letzten Jahren schon manches erfahren müssen. Wenn man aber glaubte, die Meister wären recht bewilligungslustig, so hat man sich getäuscht. Wollten sie doch uns den Entlassungsschein aufzuproffieren und verlangten als Kautions zur Einhaltung des Vertrags 30 000 Mk. Zwei Vertreter, einer der Maurer und einer der Zimmerer, wurden nicht anerkannt, weil sie nicht mehr im Beruf tätig sind. (Weil sie sogenannte Heizer sind. D. V.) Solche Anjinnen stellte man uns. Sie wollten mit uns einen Vertrag abschließen, d. h. einen Gang machen, um uns auf 2 Jahre genehelt zu haben, doch gelang es ihnen nicht. Die Verhandlungen, die von sehr langer Dauer und ernster Natur waren, brachten alle Mißstände zu Tage, so daß die Meister nicht mehr immer in der Lage waren, solches abzurufen, sondern verschiedentlich zugaben. Das Vorwärtsschreiten der Organisationen, das feste Zusammenhalten der Vertreter, die in Aussicht stehenden Streiks, das Bewußtsein, daß die Verhandlungen scheitern würden, zwang die Unternehmer, verschiedene Zugeständnisse zu machen. Da wir das Lohnverhältnis, die Form der Affordarbeit schon mitgeteilt haben, ist noch zu erwähnen, daß bei über 2 Kilometer Entfernung die Zeit für Werkzeugkasten vergütet wird, was früher nicht der Fall war und halbe Tage in Anspruch nahm. Bei Austritt aus dem Geschäft ist der Lohn innerhalb 24 Stunden auszubehalten. Die ständige Kommission, deren Vorsitzender Gemeinderat Stodmaier ist, hat auf Antrag eines Mitglieds zusammenzutreten. Ist dieselbe nicht in der Lage, eine Entscheidung herbeizuführen, so ist die Sache dem Gewerbegericht zu überweisen. Die Mittagspause ist 1½ Stunde, um 6 Uhr Feierabend mit der üblichen Vesperpause. Auch wurden noch sonstige Bestimmungen getroffen. Wie schon im Steinarbeiter angedeutet, sind es keine großen Verbesserungen, betrachtet man aber, mit welcher Willfür hier gewirtschaftet wurde, wie trostlose Zustände hier herrschten, so muß man sich sagen, daß es eine schöne Errungenschaft ist, es ist der Anfang, und auf einmal geht nicht alles. Der Vertrag hat 2 Jahre Gültigkeit, wo dann wieder Verhandlungen stattfinden. Es macht sich nun auch der Zugang zur Organisation bemerkbar. Was erreicht ist, ist ohne Streit, die oft viel Geld kosten, zu stande gekommen, dieses ist in erster Linie in Betracht zu ziehen, es sind uns, was ja nicht unerwähnt bleiben soll, viele Kosten erwachsen, wozu wir vorerst noch Hilfe bedürfen. Jetzt gilt es nun, die Organisation so auszubauen, daß nach 2 Jahren die noch bestehenden Schäden auf Grund dessen mit Leichtigkeit beseitigt werden können. Mit der Agitation, der genügend Stoff geboten ist, ist bereits begonnen.

Alt-Warthau. Der hier gültige Lohnvertrag läuft bekanntlich am 1. März 1903 ab. Die Unternehmer haben uns nun mit einem neuen Tarifentwurf beehrt, der mit der Begründung einer Klarstellung oder Vereinfachung des alten Tarifs eine ganz erhebliche Reduktion bedeutet. Diese — Klarstellung — ist so gründlich durchgeführt, daß ziemlich eine ganze Druckseite wegfällt, indem sämtliche den Arbeitern günstige Punkte hinausstramotiert worden sind. Eine Verhandlung am 25. Februar führte zu keinem Resultat, da die Unternehmer hartnäckig auf ihrem Entwurf bestehen. Am 27. Februar hatte sich eine Distriktsversammlung in Warthau mit dieser Sache zu befassen. Der Verbandsvorsitzende Starke war anwesend und hielt, nachdem die Tarifkommission ein Bild der Verhandlungen mit ihrem negativen Resultat gegeben hatte, einen Vortrag, worin er ein Bild der jetzigen ungesicherten Situation gab, daß Bunsau das Versuchssubjekt für Lohnkürzungen sei, weil hier ein Teil des Vorstands des Arbeitgeberverbandes beteiligt sei, der natürlich andern Meistern mit bösem Beispiel vorangehen müsse. Er führte weiter aus, daß sich die Unternehmer aus dem Emanzipationstampf des rechtlosen Bürgerturns im Jahre 1795 entwickelt haben, daß sie die ganzen Naturkräfte an sich gebracht und dadurch das bestlose Proletariat geschaffen haben. Naturgemäß mußten sich diese Entertken zusammenschließen, um nicht ganz unterdrückt zu werden, das war aber auch gleichzeitig die Geburt der Unternehmerorganisation. Beide Parteien standen sich feindlich gegenüber; um nun diese Luft zu überbrücken, schloß man Arbeitsverträge ab, das sind unsere Tarife. Es habe sich nun mit der Zeit der Afford eingebürgert, der insofern günstig für den Unternehmer sei, daß er einen Antreiber spare, das sei der Arbeiter selbst. Nachdem Redner sich noch weiter über die Affordarbeit verbreitete, wurde folgende Resolution angenommen: Die heute in Alt-Warthau tagende Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Kommission vollständig einverstanden. Dieselbe hält das Eingehen auf die von den Unternehmern gestellten Forderungen für unmöglich, wünscht vielmehr die auch von den Unternehmern vorgeschlagene Klarstellung des jetzt bestehenden Tarifs durch die Verhandlungen mit der gewählten Arbeitnehmerkommission zum Abschluß zu bringen. Die Versammlung erblickt in dem vorgelegten Tarifentwurf eine Reduktion, welche angesichts der erhöhten Lebenshaltung als unberechtigt zurückgewiesen werden muß. In der Debatte waren sämtliche Redner darin einig, daß diese ganze

Tarifvorlage nur den Zweck hat, uns auf ein tieferes Niveau der Lebenshaltung zu bringen, trotzdem die Klassengenossen des Unternehmertums uns erst vor kurzem alle Lebensmittel verteuert haben. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Polizei mit ihrer raffinierten Auslegung die Hauptschuld tragen an den Streitigkeiten, die angeblich der Grund an dieser Umänderung des Tarifs sein sollten. Die Redner gaben bekannt, daß sie bis jetzt noch keine neue Vorlage erhalten haben. Die Verhandlungen werden Sonntag, 1. März, weitergeführt.

Wurzen, 2. März. Mit der Gründung einer Berufsorganisation für die Steinarbeiter in der zahlreichen in der Umgebung hier liegenden Steinbrüche beschäftigte sich am Sonntag nachmittag eine Steinarbeiterversammlung, die nach dem Saale des Schützenhauses einberufen war. Stundenweit kamen die Steinarbeiter zu Fuß und per Rad, um an der Versammlung teilzunehmen. Wenige Orte nur, die hiebei in Betracht kamen, mögen nicht vertreten gewesen sein. Den Vortrag über den Wert und die Bedeutung der Berufsorganisation hielt der Steinarbeiter und Redakteur Staudinger aus Leipzig. Genosse Wucher besprach in der Diskussion die Lohn- und Lebensbedingungen der hiesigen Steinarbeiter und wies durch einige Beispiele nach, wie traurig die Verhältnisse der Arbeiter in den Steinbrüchen geworden sind. Der geschlossenen Macht des Kapitals müßte endlich nun die geschlossene Macht der Arbeiter gegenübergestellt werden. Die Versammelten erklärten sich einstimmig sodann mit der Gründung einer Organisation einverstanden und versprachen, mit allen Mitteln dieselbe zu vertreten und zu erhalten. Ueber 100 Steinarbeiter traten sofort dem Verbands bei und wählten einen Vertrauensmann. Das weitere wird gesehen.

Ein Bravo den Steinarbeitern! Möge die Organisation blühen und wachsen zum Segen der Steinarbeiterschaft. Was niemand vermochte, hat endlich die Entwicklung selbst geschaffen. Würden die Verhältnisse in den Brüchen nicht so tieftraurige geworden sein, dann wären die Steinarbeiter nicht zur Erkenntnis des Zusammenschlusses gekommen. Arbeiter! An Euch liegt es nun, die Organisation auszubilden und auszubauen. Jeder Steinarbeiter muß Mitglied der Organisation werden.

Mühlhausen (Elzäß). Ueber den Steinhauerstreik an der Fridolinskirche wird uns die folgende Abrechnung zur Veröffentlichung übergeben:

Einnahmen.	
Von der Geschäftsleitung	561.50 Mk.
Durch Sammelkästen	201.78 „
Aus der Lokalkasse	147.50 „
	910.78 Mk.
Ausgaben.	
Streikunterstützung	863.38 Mk.
Porto- und sonstige Ausgaben	35.01 „
	898.39 Mk.
Bilanz.	
Einnahme	910.78 Mk.
Ausgabe	898.39 „
	Ueberschuß 12.34 Mk.

Soziales.

Die Belastung der Industrie durch die Arbeiterversicherung. Die kaiserlichen Werften in Kiel, Wilhelmshaven und Danzig gaben nach den dem Reichstage vorgelegten Uebersichten im Jahre 1901 für Zwecke der Arbeiterversicherung folgende Summen aus: Für Unfallversicherung einschließlich Verwaltungskosten 241 098 Mk., für Krankenversicherung 241 244 Mk. und für Invalidenversicherung 139 081 Mk. Bei 18 737 durchschnittlich gegen Unfall versicherten Personen kommen auf jeden Arbeiter im Jahre rund 33 Mk. und bei 300 Arbeitstagen auf den Arbeiter täglich 11 Pfg. Da 18 636 980 Mk. an Löhnen ausgezahlt wurden, beträgt die Gesamtausgabe für Versicherungszwecke 3,3 Prozent der Lohnsumme. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß es sich um Betriebe handelt, die ihre eigenen Krankenkassen und auch ihre eigene von den Berufsgenossenschaften unabhängige Unfallversicherung haben. Da die Betriebe sowohl in der Erkrankungs- als auch in der Unfallziffer sehr wesentlich über dem Reichsdurchschnitt der Betriebsklassen bzw. der gewerblichen Berufsgenossenschaften stehen, wirkt das stark erhöhend auf die Kosten. Sie müssen die aus der erhöhten Gefahr entstehenden höheren Kosten ganz allein tragen und dennoch erreichen diese Kosten nur einen so geringen Prozentsatz des Lohnes. Da kann man doch wahrlich nicht von einer schweren Belastung der Industrie durch die Versicherungsgesetze reden. Dabei muß man bedenken, daß der Lohn doch nur ein Teil der Produktionskosten ist; auf diese aber muß man sich beziehen, wenn man die Belastung der Produktion durch die Versicherungsgesetze beurteilen will. Die Belastung steht demnach noch weit unter 3 Prozent.

Die Scharfmacher an der Arbeit. In der vorigen Woche fand in Berlin eine Konferenz des Deutschen Arbeitgeber-Schutzverbandes statt. Die Haupttätigkeit der Konferenz bestand darin, weitere Schritte in der Richtung des Arbeitertuges zu tun. Es wurde beschlossen, beim Reichskanzler die Abänderung des § 153 der Reichsgewerbeordnung zu beantragen und damit zu begründen, daß der Paragraph völlig ungenügenden Schutz gegen die Uebergriffe und den Terrorismus Ausländischer bietet. Besonders das Streikpostenstehen und das Verhängen der Sperre über einzelne Betriebe hatte den vollen Grimm der organisierten Scharfmacher erregt. Man verlangte strenge Strafen für derartige Mißfaten. Vollkommenes Einverständnis herrschte über die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung bei Ausständen und Sperren. Die Selbsthilfe soll bis zur äußersten Grenze der Zulässigkeit ausgeübt werden. Von allen Unterverbänden aus soll eine planmäßige Agitation in den benachbarten Bezirken ins Leben gerufen werden.

Diese Unternehmeranstrengungen werden an ihrem Teile dazu beitragen, immer neue Arbeitermassen zum Klassenbewußtsein zu wecken und so die Gewerkschaften zu stärken.

Submissionsresultate.

Zur Herstellung von rund 1500 Quadratmeter Fußbodenbelag im Zentralgüterkuppen zu Köln, bestehend aus Beton mit Asphaltplatten, einschließlich der Lieferung von sämtlichen Baumaterialien, gab das Vereinigte Capperzwert in Köln eine Offerte von 6625.— Mk. und die Aktiengesellschaft für Betonbau, Düsseldorf, eine solche von 12 030.— Mk. ab. Differenz: 5405 Mk.

Gerichtliches.

O, Sie Rindvieh! Das seinerzeit so großes Aufsehen erregende Klassenurteil, wonach ein Fabrikant in Augsburg,

der einen Arbeiter mit „O Sie Rindvieh!“ beleidigte, freigesprochen wurde, beschäftigte am 21. Februar das dortige Landgericht als Berufungsinstanz. Das Schöffengericht nahm damals an, daß der Ausdruck „Rindvieh“ auf Menschen angewandt, allgemein gebräuchlich sei und daß der Fabrikant in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe, da der Arbeiter bei seiner Entlassung, die wegen Nichtunterzeichnung eines sein Arbeitsverhältnis bedeutend verschlechternden Vertrages erfolgte, die Bemerkung machte, er glaube doch auf dauernd engagiert worden zu sein, worauf die Beleidigung erfolgte. Das Berufungsgericht sah den Fall durch eine andre Brille an, hob das freisprechende Urteil auf und verurteilte den Fabrikanten zu einer Geldstrafe von 10 Mk. event. zwei Tagen Haft, zur Tragung sämtlicher Gerichtskosten und der dem Privatkläger erwachsenen notwendigen Auslagen. Die Begründung des Urteils gipfelte darin, daß die Worte: Sie Rindvieh! in jeder Hinsicht eine Beleidigung seien. Sehr bezeichnend war die Ansicht des Verteidigers des Beklagten, Rechtsanwalt Kottenhöfer, der meinte, wenn man derartige Äußerungen immer als Beleidigung bestrafen wollte, dann wäre heute z. B. kein Rechtsanwalt oder Richter mehr sicher, bestraft zu werden, wenn er z. B. einen Schreiber oder Diensthofen einen Dohsen nenne!!

Rundschau.

Eine Konferenz der Steinarbeitervereine Korbach, St. Gallen, St. Margrethen und Konstanz fand am 22. Februar im Restaurant Schweizerhof in Korbach statt. Der Zentralvorstand war durch den Sekretär vertreten und die Arbeiterunion Korbach durch Stählin. Von allen Anwesenden wurde die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens ausgesprochen, hauptsächlich bei der gegenwärtigen Situation, wo die Meister der betreffenden Orte so gutes Zusammenhalten beweisen. Die Schmutzkonkurrenz, die wohl nirgends so deutlich wie hier in der Steinbranche zu Tage tritt, trägt viel bei, daß die Arbeiter einander selbst unbewußt schaden, was nun durch die Konferenz beseitigt wird. Den Vornarrsch wird die Sektion St. Margrethen eröffnen, die mit ihrer Lohnbewegung am weitesten voran ist. Am 1. März wird dort das Taglohnsystem in Kraft treten. Mit dieser Forderung der Organisation sind drei Meister schon einverstanden und haben ihre Unterschrift gegeben. Nur einer weigert sich entschieden dazu. Daß dieses Lohnverhältnis auf die Meister der nächstliegenden Orte einen großen Einfluß ausüben wird, ist selbstverständlich. Die Konferenz hat nach langer reiflicher Diskussion beschlossen, daß von allen wichtigen Vorgängen und Beschlüssen jede Sektion zu verständigen ist, und nächstens eine dementsprechende Agitationstour vorzunehmen ist. Ebenfalls waren die Anwesenden einig, alle möglichen Schritte zur Verwerfung des Zolltarifs zu unternehmen. Möge durch diese Konferenz die längst nötige Einigkeit dieser Vereine beibehalten werden.

Der Zentralverband deutscher Industrieller, die berüchtigte Scharfmacher- und Zöllner-Organisation der schweren Industrie, ist nicht nur ein Feind jeder durchgreifenden Sozialreform, sondern auch Gegner des bereits bestehenden kümmerlichen Arbeiterschutzes. Das beweist wieder einmal deutlich folgendes Rundschreiben, das der Verband an seine Mitglieder verfaßt hat:

Wir eruchen unsere geehrten Mitglieder ergebenst, sich gefälligst uns gegenüber darüber zu äußern, 1. ob einzelne Vorschriften über Ausnahmen von der Sonntagsruhe in der Praxis nicht oder doch so selten angewandt worden sind, daß gegen ihre Aufhebung oder Einschränkung Einwendungen nicht zu erheben sind. 2. Ob sich in der Praxis das Bedürfnis herausgestellt hat, nach gewissen Richtungen hin weitere Ausnahmen von dem Gebote der gewerblichen Sonntagsruhe zu gestatten. Insofern ein solches Bedürfnis als vorhanden angenommen wird, bitten wir die Schwierigkeiten und Schädigungen, die sich aus dem jetzigen Zustand ergeben haben, möglichst ausführlich und mit Angabe bestimmter Tatsachen darzulegen.

Die zweite Frage nach dem „Bedürfnis“ der weiteren Durchlöcherung der Sonntagsruhe durch Ausnahmebestimmungen hebt nicht nur die erste nach der Möglichkeit vollständiger Sonntagsruhe vollkommen auf, sondern ist offensichtlich die Hauptsache bei dem ganzen Unternehmen.

Die Angehörigen dieses Verbandes handeln aber auch recht plump und untätig, denn ihre Vertreter im Reichstage haben am Schluß der beinahe verstrichenen Legislaturperiode ihr — sozialpolitisches Herz entdeckt und schwärmen vollständig um die Gunft und Stimmen ihrer Arbeiter. Wir wissen, daß es bloß eitle Versprechungen sind, deshalb werden sie aber von den Arbeitervertretern beim Wiederzusammentritt des Reichstags an ihre Aussprüche erinnert und dann wird es sich zeigen, ob Versprechen und Halten bei dieser Ordnungssippe noch einen Namen hat.

Im Verband der Tabakarbeiter wird die Einführung der Arbeitslosen- bzw. Krankenunterstützung seit Jahren lebhaft erörtert, ohne daß es bisher zu einer Entscheidung gekommen wäre. Ob der bevorstehende Verbandstag in Dresden diese Entscheidung bringt, läßt sich ebenfalls noch nicht sicher voraussagen. Die für die Unterfuchung dieser Frage eingesetzte Kommission des Verbandes in Stuttgart hat nun durch statistische Erhebungen ermittelt, daß im Jahre 1902 eine Gesamtarbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder von 104 338 Tagen gegen 108 790 im Jahre 1901, wovon in beiden Jahren 59 844 Tage mit 59 844 Mk zu unterstützen gewesen wären, wenn die Unterstützung bereits in Kraft war. Auf jedes Mitglied ergäbe dies eine Beitragsmehrleistung von 5,4 Pfg. pro Woche. Die Zahl der zu unterstützenden Krankentage betrug in beiden Jahren 108 643, wonach 108 643 Mk. oder pro Woche und Kopf 9,8 Mk. hätten verausgabt werden müssen.

Gegen das Versehen der Reiselegitimationen, das unter den reisenden Buchdruckern besonders stark grassiert, hat der Vorstand des Buchdruckerverbandes drakonische Bestimmungen erlassen. Danach sind die Verkehrtworte verpflichtet worden, vom 1. März 1903 ab weder selbst Vorstöße an reisende Buchdruckergehilfen zu geben, noch mit Nachnahme eingehende Bücher und Reiselegitimationen einlösen zu wollen. Reisenden, welche die Ausweis-papiere über ihre Verbandsmitgliedschaft (Quittungsbuch oder Reiselegitimation) versetzen, ist die Reiseunterstützung für die Dauer von 2 Wochen = 14 Tage zu entziehen; im Wiederholungsfall wird die Entziehung der Unterstützung auf 3 bis 4 Wochen erhöht. Jeder einzelne Fall ist in das Quittungsbuch des Betroffenen einzutragen und gleichzeitig anzugeben, wann der Unterstützungsbezug wieder beginnt; tritt das Mitglied jedoch innerhalb der Zeit in Kondition und währt dieselbe weniger als 6 Wochen, so sind die ent-

zogenen Tage vor Antritt der Kondition und nach Wiederbeginn der Konditionslosigkeit zusammenzuzählen. Um aber das absichtliche Vernichten oder Verlieren von Quittungsbüchern mit solchen unliebsamen Eintragungen zu verhindern, sind derartige Fälle nach hier mitzuteilen, damit dieselben auch bei der Hauptverwaltung bemerkt und event. in den neuen Quittungsbüchern übertragen werden können, wenn sich nicht die Buchabnahme bezw. der Ausschluß des betreffenden Mitgliedes nötig machen sollte. Weiter sind Bestimmungen erlassen, wonach bei Konditionsantritt zureisender Kollegen das Fehlen des Mitgliedsbuches und der Reiselegitimation mit Entziehung jeder Verbandsunterstützung gehandelt werden soll u. a.

Der Vorstand hofft damit am besten, die reisenden Mitglieder selbst zu schützen insofern, als die Verfeker von Reiselegitimationen bei Durchführung dieser Bestimmungen vor ernstlichen Schädigungen bewahrt werden. Denn sehr oft fallen solche Kollegen infolge der fehlenden Ausweispapiere über ihre Unterstützungsberechtigung der Polizei in die Hände und erleiden dann längere Freiheitsstrafen und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde. Insofern ist zu wünschen, daß der Buchdrucker Vorstand mit seinen Bestimmungen erzieherisch wirken möge.

Auch in der Steinarbeiterorganisation kam und kommt es noch häufig vor, daß die Kollegen beim Kantinen- oder sogar beim Logierwirt ihre — Pflanze verfehlen und bei gegebener Zeit dann nicht in der Lage waren, sie auszulösen. Daß ein solches Gebaren zu großen Unzutuglichkeiten führt, ist klar. Es darf wohl erwartet werden, daß vorstehendes auch von den Steinarbeitern beachtet und dementsprechend danach gehandelt wird.

Generalversammlungen im ersten Halbjahr 1903. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission veröffentlicht folgende Liste über die in Aussicht genommenen Verbandstage und Kongresse:

- | | |
|------------------------------------|---|
| März: | 13. Sattler in Kassel. |
| 23. Tabakarbeiter in Dresden. | 14. Gemeindebetriebsarbeiter in Berlin. |
| 24. Barbier in Mannheim. | 19. Schiffszimmerer in Bergedorf. |
| 29. Bauarbeiterkongress in Berlin. | 20. Seelente in Hamburg. |
| 31. Bauarbeiter in Berlin. | Mai: |
| 31. Maler in Berlin. | 10. Werftarbeiter in Vegesack. |
| 31. Maurer in Berlin. | 20. Bäcker in Magdeburg. |
| 31. Zimmerer in Berlin. | 30. Glasarbeiter in Dresden. |
| April: | 31. Bergarbeiter in Zwickau. |
| 10. Schmeide in Halle a. d. S. | Juni: |
| 12. Glaser in Leipzig. | 1. Metallarbeiter in Berlin. |
| 13. Bergolber in München. | |

Ein Arbeiterführer als Bürgermeister. Der Bürgerausschuß in Kopenhagen wählte am 2. März mit 19 gegen 15 Stimmen den ehemaligen Maler und Vorsitzenden des sozialdemokratischen Fachverbandes J. Jensen zum Finanzbürgermeister Kopenhagens. Nach der Wahl brachten die Sozialdemokraten dem neuen Bürgermeister einen Fackelzug. Auf die Ansprache des sozialdemokratischen Redners hielt der Bürgermeister von dem Gebäude des Blattes der Sozialdemokraten aus eine Rede, in welcher er aus sprach, er wisse, daß er die Wahl nicht seinen hervorragenden Anlagen zu verdanken habe, sondern glaube, daß sie eine Folge der Treue sei, mit der er bisher an der gemeinsamen Arbeit teilgenommen habe.

Die Gesellschaft für soziale Reform wird selbst den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen zu gemischt. So ist jetzt eine Ortsgruppe dieser Gesellschaft in Aachen gebildet worden. Die freien Gewerkschaften haben den Anschluß, zu dem sie aufgefordert wurden, abgelehnt, und auch der dortige Gewerksverein hat in seiner letzten Versammlung, trotz der Befürwortung durch seinen Vorstand, den Anschluß abgelehnt. Die Redner wiesen auf die letzte Generalversammlung der Gesellschaft in Köln und die dem Lithographen Tischendörfer widerfahrene Behandlung hin und übten scharfe Kritik. Auch in Aachen, so sagte ein Redner, machten sich in der neuen Ortsgruppe bereits Leute breit, die alles andere eher als arbeiterfreundlich seien. Nach anderthalbstündiger Debatte lehnte die Versammlung gegen die Stimmen des Vorstandes den Anschluß an die Gesellschaft für soziale Reform ab. In der Aachener Ortsgruppe sind von den Arbeitern jetzt nur noch die christlichen Gewerkschaften vertreten.

Deutscher Arbeiterverein in Brüssel. Alle jene deutschen Gewerkschaftsmitglieder und Genossen, welche nach Brüssel kommen wollen, sind hiedurch auf die Adresse des hier bestehenden deutschen Arbeitervereins aufmerksam gemacht. Derselbe hat sein Vereinslokal im Maison du Peuple, unterstützt seine Landsleute mit Rat und Tat in allen Arbeits- und sonstigen Angelegenheiten, veranstaltet bildende Vorträge und Diskussionen, besitzt eine reichhaltige deutsche Bibliothek nebst Auslage einiger deutscher Arbeiterzeitungen und widmet sich insbesondere der Pflege der Solidarität und des Klassenbewußtseins, um unsre Landsleute vor dem Versinken im Auslande und dem geistigen Untergang in sogenannten Klimbin-Bereinen zu bewahren. Weiter wird hier die Eröffnung eines deutschen Volkshauses energisch betrieben, um der Miskere im hiesigen Herbergs wesen und den damit verbundenen Unzutuglichkeiten, sowie der Beschäftigung wirksamer als bisher entgegenzutreten zu können. Wir empfehlen deshalb bis auf weiteres die Herberge unsrer Genossen Louis Joffis, Place St. Gery 6/7, in Nähe der Börse. Die deutsche Arbeiterpresse eruchen wir, die unterzeichnete Adresse sowie Vereinslokal nebst Herberge von Zeit zu Zeit zu veröffentlichen, ebenso mögen die Ortsverwaltungen deutscher Gewerkschaften, Mitglieder, die auf der Reise nach Brüssel begriffen, auf vorstehende Adresse aufmerksam machen. Endlich eruchen wir die beteiligten Kreise, bei Anfragen oder Erteilung von Auskünften sich nur an den Unterzeichneten zu wenden. Mit Parteigrüß

Louis Scholz,
Präsident des deutschen Arbeitervereins Brüssel,
Rue de Munich 62 St. Gilles.

Bayerische Granit-Aktiengesellschaft Regensburg. Der Bericht des Vorstandes legt dar, daß infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Depression der Absatz der Produkte nicht un wesentlichlich gegen das Vorjahr zurückgeblieben ist, und die Erwerbung der Granitwerke Blauberg zu einer Erhöhung des Umjages nicht beigetragen hat. Aus dem Umjage von 1 812 549 Mk. (im Vorjahre 1 840 144 Mk.) ergaben sich inkl. 15 297 Mk. an diversen Einnahmen 2 137 130 Mk. (2 115 007 Mk.). Die Betriebsausgaben erforderten 1 884 709 Mk. (1 885 978 Mk.), Abschreibungen 77 383 Mk. (51 998 Mk.), Schuldverschreibungszinsen 18 000 Mk. und Generalunkosten 61 728 Mk. (49 999 Mk.), so daß ein Reingewinn von 95 308 Mk. (127 030 Mk.) verbleibt. Einschließlich 31 144 Mk. Vortrag stehen 126 452 Mk. (141 847 Mk.) zur Verfügung der Generalversammlung. Der Aufsichtsrat beantragt, hieraus 10 Proz. Dividende (wie im Vorjahre) mit 100 000 Mk. auszuschütten. Lantienem an Vorstand und Aufsichtsrat betragen 4530 Mk. (i. B. 7702 Mk.), 3000 Mk. (i. B. 3500 Mk.) sollen als Remuneration an die Beamten verteilt, der Rest mit 18 921 Mk. (30 644 Mk.) auf neue Rechnung vorgetragen werden. Bei

einem Aktienkapital von 1 Mill. Mark und 400 000 Mk. Schuldverschreibungen (wie i. B.) belaufen sich die Reserven der Gesellschaft auf 170 000 Mk. (wie im Vorjahre.) — Man erzieht, das Geschäft in der Hartsteinindustrie steht immer noch nicht so schlecht, als wie man es uns gegenüber darzutun pflegt.

Ein kolossaler Marmorblock ist zur Errichtung des Volkedenkmals, vollständig auspunktiert, in Berlin eingetroffen. Die Marmorfigur wird 5,50 Meter hoch, 2 Meter breit und 2,20 Meter tief sein. Dieses Denkmal wird alle vorhandenen Berliner Denkmäler an Größe weit ausbretten, und der Block wog nach dem Brechen 1710 Zentner und mußte aus dem Marmorbruch in Laas (Tirol), welcher 2250 Meter über dem Meeresspiegel liegt, durch enge Schluchten und steile Abhänge heruntergebracht werden. Nur um den Block vom Bruch zu Tal zu schaffen, brauchte eine größere Anzahl von Arbeitern 23 Tage.

Gegen den Alkohol und die Alkoholfsteuer haben die sozialistischen Abgeordneten der belgischen Kammer im Beipule ein Manifest an ihre Parteigenossen und die Steuerzahler des Landes gerichtet. Sie erklären darin: Die höhere Besteuerung des Alkohols sei ein durchaus ungeeignetes Mittel, dem Alkoholmißbrauch zu begegnen. Die klerikale Regierung vorfolge mit der Besteuerung auch vielmehr den Zweck, auf Kosten der Vermitteln das Staatsdefizit, das durch die ruinösen militärischen Rüstungen entstanden sei, zu besetzen. Die Parteigenossen werden aufgefordert, sich selbst möglichst des Alkoholgenusses zu enthalten, und eine umfassende Agitation gegen den Alkoholgenuß zu entfalten, damit die Absichten der Regierung vereitelt werden.

Die Streiks im Jahre 1902 in Belgien.

	Abwehrstreiks			Angriffstreiks			Summe d. ver. Arbeitst. (Tage)
	Streiks	Streikende	Dauer	Streiks	Streikende	Dauer	
Metallindustrie	7	849	43	—	—	—	7148
Textilindustrie	17	1168	315	9	672	63	23898
Mineralindustrie	8	2018	53	8	4377	24	25155
Glasindustrie	2	171	56	—	—	—	6020
Steinindustrie	3	456	47	3	195	19	13528
Bekleidungsindustrie	1	26	7	1	54	5	452
Diverse Industrien	5	816	72	11	642	177	24481
	43	5504	588	32	5940	288	105677

Von den 43 Abwehrstreiks hatten 15 Maßregelungen, 15 Lohnreduktionen, 13 andre Gründe als Ursache. 5 endigten mit ganzem, 9 mit teilweisem und 29 ohne jeden Erfolg.

Von den (32) Angriffstreiks lagen bei 21 Lohnerböhung, bei 3 Verkürzung der Arbeitszeit und bei den restierenden 8 andre Forderungen zu Grunde. Hier gelang es nur in drei Fällen, die Forderung durchzusetzen; bei fünf nur teilweise und 24 endigten erfolglos.

Vier Streiks (drei Abwehr- und ein Angriffstreik) fanden statt, an denen nur Frauen beteiligt waren. Drei entfallen auf die Textilindustrie und einer auf die Bekleidungsbranche. Es nahmen daran 57 Frauen teil und sie endigten nach ein- bis fünftägiger Dauer durchgehend mit einer Niederlage.

Die wirtschaftliche Depression hat in diesem Jahre noch lähmender auf den ökonomischen Kampf der Arbeiter gewirkt als im vorhergehenden, was aus der folgenden Gegenüberstellung der Streikstatistik klar hervorgeht:

	Streiks	Streikende	Erfolg hatten		
			ganzem	teilweisem	keinem
1901	100	88700	15	18	72
1902	75	11444	8	14	53

Eingekandt.

Als ich den Artikel von Kollege W. Krause las: Wie steuert man unsrer Berufslosigkeit am besten entgegen, da fühlte ich mich wirklich in ein neues Jahrhundert versetzt. Wenn man den Fortschritt unsrer Werkzeuge und das immerwährende Steigen unsrer Arbeitsquantums durch die verbesserten Werkzeuge und durch das fabrikmäßige Antreiben betrachtet, mühten unsre Werkstellen schon längst dementsprechend eine derartige Einrichtung haben, aber solche Einrichtungen kosten Geld und bringen den Unternehmern keinen Gewinn. Darum stehen wir mit unsrer Werkstellenfrage noch weit im alten Jahrhundert zurück.

Ein Beispiel hier in Bremen. Die Werkstelle ist vielleicht schon ein halbes Jahrhundert alt. Wohl zur damaligen Zeit verjah sie ihren Zweck, es wurde in ruhigen Tagelohn gearbeitet, der Steinmetz war ein freier ungebundener Mann bei der Arbeit, an eine Gehlags, wie sie heute betrieben wird, war nicht zu denken. Nachdem die Bundesratsverordnung Gesetz geworden war, sah sich auch der Gewerbeinspektor veranlaßt, etwas dafür zu tun, weil früher schon die Mängel der Werkstelle öffentlich gerügt wurden. Die Werkstelle liegt in einem von vier Seiten eingeschlossenen Häuserkomplex, ringsum niedrige Arbeitsstuben und in der Mitte hoch aufgeschichtete Steinhäufen, also ein Platz der guten alten Zeit! Die Bundesratsverordnung verlangte Änderungen und wir freuten uns schon auf unser Heil, denn wir hofften zum mindesten lufelige und gesunde Stuben zu bekommen, aber wie half man sich, anstatt neue, hohe und freie Stuben zu bauen, grub man etwas Boden unten heraus und so war der Bundesratsverordnung Genüge geleistet. Mich erinnert dieses an den lappländischen Baustil. Und mit derartigen Einrichtungen, wie Kollege Krause andeutet, werden wir hier in Bremen noch mindestens ein paar Menschenalter warten müssen, aber kein Steinmetzalter, denn der Bürgerengel ist hier fändiger Gast.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Düsseldorf. Die Reiseunterstützung wird beim Kollegen Johann Hojnn (?), Rathelstr. 158, I., ausbezahlt. (Anm.: Die Zeitangabe, wann die Reiseunterstützung erhoben werden kann, fehlt.)

Hersford i. Westf. Dem Steinmetz Otto Grimmer aus Gehlenbrück, geb. den 23. September 1884, ist kein neues Buch auszustellen; er hat hier noch Pflichten zu erfüllen. Das alte Buch liegt hier am Orte. **Der Vertrauensmann.**

Innsbruck. Der Steinmetz Alois Kaufmann aus Laas in Tirol wird hiermit öffentlich aufgefordert, seiner Verpflichtung gegenüber der Ortsgruppe Innsbruck nachzukommen. Auch bittet Unterzeichner die Vertrauensleute, den eventuellen Aufenthalt des genannten Kollegen an mich gelangen zu lassen. **Anton Dehshofer, Obmann, Innsbruck, Mariahilf 48.**

Ludwigshafen. Die Kollegen Kofft und Wolz haben von der Zahlstelle Ludwigshafen Marken entnommen, dieselben aber nicht

bezahlt. Die Betreffenden werden aufgefordert, die schuldende Summe an den Zentralvorstand nach Leipzig, Große Fleischergasse 14, I., schnellstens zu übersenden.

Mühlhausen i. Elsaß. Der Steinmetz August Hamser aus Empfinger ist von hier, ohne sein Buch in Ordnung zu bringen, abgereist. Dieses den Vertrauensleuten zur Kenntnis. **Der Vertrauensmann.**

Neuffes 49 b. Coburg. Es wird um die Bekanntgabe der Adresse des Steinmetzen P. Schmidt, früher in Eichenach tätig, erucht, da derselbe am letzten Ort sich grobe Pflichtverletzungen zu Schulden kommen ließ. **Daniel Schmidt, Vertrauensmann.**

Ulm a. Donau. Dem Steinmetz Oskar Birth, geb. den 12. Februar 1874, ist kein neues Buch auszustellen; er hat hier noch Pflichten zu erfüllen. **Der Vertrauensmann.**

Eingegangene Zahlstelle.

Wirma. Die Zahlstelle der Mühlenarbeiter ist zu streichen.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 23. bis mit 28. Februar 1903. Annaberg, Beitrag 9.—; Ulm, Beitrag 69.—, Hauptbuch 2.—, Eintrittsmarken 1.—, Erlasmarken 0.50; Joachimsthal, Beitrag 5.15; Deutmannsdorf, IV. Qu. 5.—; Posta, Beitrag 84.—; Zwickau, Beitrag 44.50; Grimma, Beitrag 1.—, Extrafuhr 0.50, Delegiertensteuer 0.25; Martneufkirchen, Beitrag 1.50; Bilgrammsreuth, Beitrag 2.25; Springe, Beitrag 25.—; Jafferode, Beitrag 20.—; Bosen, Beitrag 9.—, Delegiertensteuer 2.75, IV. Qu. 2.40; Wirma (Mühlsteinarbeiter), Beitrag 125.—; Gera, Beitrag 9.20; Alvensleben, Beitrag 7.50; Alt-Warthau (Brecher), Beitrag 82.—; Ludwigshafen, Rest 18.—; Hersford, Beitrag 2.40, I. Qu. 3.—; Dannenberg, Beitrag 1.40; Ohr-Emmerthal, Beitrag 4.—; Schreiersgrün 0.40; Leopoldsthal, Beitrag 5.—, Stempel 1.—, Beitragssbücher 1.—; Neuhalsleben, Beitrag 3.50, Eintrittsgeld 0.50; Lonnberg, Beitrag 48.50; Innsbruck, I. Qu. 0.90; Berlin I, Beitrag 256.—, Hauptbuch 2.50; Berlin, IV. u. I. Qu. 1.80 (Kupf.). **Feltz Sange.**

Briefkasten.

Dresden. Wenn man Unglücksfälle mitteilt, ist es notwendig, den Namen des Verletzten sowie den Werk- oder Arbeitsplatz zu nennen, wo sich der Unglücksfall ereignete. **S. Charlottenburg.** Es sind 2.40 Mk. eingufenden. **Berlin, Pegasus.** Dem Wunsch wird nachgegeben. **Sächsa.** Die Frage ist so unklar, daß man einen Bescheid nicht geben kann. Berichte hierher, wann und wo Du den Unfall erlitten hast, dann kann Deinem Wunsch entsprochen werden.

Litterarisches.

Von der Gütte, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag G. Wallfisch) ist soeben das 22. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Liebe ist ewig, Roman von Wilhelm v. Polenz. — Wie ein Panorama entfiel, von Fred Hood. — Spruch von Grillparzer. — Vom Theater spielen. Von Paul Bröder. — Gesellschaft, Gedicht von Friedrich Wischer. — Die rote Nelke. Von Edmond de Amicis. — Ein Schicksalslied und sein Dichter. Von Franz Diederich. — Eine unglückliche Geschichte. Von Karl Ewald. — Franz Lenbach, von John Schittowski. — Ein Augenblick. Gedicht von Friedrich Wischer. — Kunstbeilage: Franz Lenbach, Hjärtstjerne Björnson. **Lipinski, Das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis.** 268 Seiten, in Leinen gebunden 3 Mk., Volksausgabe 2 Mk., Korbo 20 Pf. Verlag von Rich. Lipinski, Leipzig, Lange Straße 27. Mannigfach ist die Gewerbeordnung geändert worden, namentlich in Bezug auf das gewerbliche Arbeitsverhältnis. Eine Reihe Bestimmungen des Bundesrats wieder haben die Bestimmungen der Gewerbeordnung erweitert, das Bürgerliche Gesetzbuch hat die einheitliche rechtliche Grundlage auch für das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis geschaffen. Eine Reihe von Nebengesetzen greifen ebenfalls in die Bestimmungen der Gewerbeordnung ein, so daß es dem Laien schwer fällt, sich in den verschiedenen Rechtswegen zurecht zu finden. Hier sucht nun Lipinski mit dem Werke: Das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis helfend eingzugreifen. Zunächst bespricht er, dem Verlaufe des Arbeitsverhältnisses angepaßt, das einschlägliche Recht, erläutert es aber — und dies ist das Wesentliche — dann an der Hand von gegen fünfzig Entscheidungen der Gewerbegerichte, anderer Gerichte und des Reichsgerichts, sowie der Motive der in Frage kommenden Gesetze. So ist der Wille des Gesetzgebers erprobt an Entscheidungen über Fälle aus dem praktischen Leben. Verständlicher kann kaum das Recht dem Laien erläutert werden. Es sei darum allen Gewerbetreibenden, Fabrikanten und Arbeitern das Werk zur Anschaffung bestens empfohlen. Aus dem reichen Inhalte haben wir nur die Haupttitel hervor: Der Arbeitsvertrag; Beginn des Arbeitsverhältnisses; Der Inhalt des Arbeitsvertrages; Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse; Soziale Fürsorge; Jugenbliche Arbeiter; Frauenarbeit; Maximalarbeitszeit männlicher Arbeiter; Arbeitszeit in offenen Verkaufsstellen; Gewerbeaufsicht; Die Sonntagsarbeit; Fabrikarbeiter; Der Lohn; Lösung des Arbeitsverhältnisses; Kündigungslöse Entlassung; Kündigungslose Aufgabe der Arbeit; Wichtige Gründe; Still-schweigende Fortsetzung der Arbeit; Zeugnis; Konturvergnäufel; Das Rechtsverhältnis der Werkmeister; Das Rechtsverhältnis der Lehrlinge. Jede Spezialfrage ist noch in besonderen Abschnitten behandelt worden, so daß das Prüfen einzelner Fragen ungemein leicht ist.

Anzeigen.

Assoziationen, Geschäftsverkäufe, Hypotheken-Vermittlung u. durch **Wilhelm Hirsch, Mannheim, S. 6.**

Todes-Anzeigen.

Am 15. Februar starb unser Kollege **Otto Schlieder** im Alter von 35 Jahren an der Berufskrankheit. Ehre seinem Andenken! **Zentralverband der Steinarbeiter, Bunzlau.**

Am 17. Februar starb unser Kollege **Max Eichler** im 26. Lebensjahre an der Berufskrankheit. Ehre seinem Andenken! **Die Organisation der Steinarbeiter von Dresden.**

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.